



bülow redet tacheles!

Juli 2008

Unsoziale Marktwirtschaft

Wirtschaftskrise erfordert Mut zur Wahrheit
und radikale Konsequenzen

Richtung asoziale Marktwirtschaft

Die soziale Marktwirtschaft lebt nur noch in den Sonntagsreden. Die Realität sieht anders aus: Die Einkommensschere driftet seit vielen Jahren auseinander, einige wenige bekommen sittenwidrig hohe Löhne oder Boni in Millionenhöhe, viel mehr Menschen haben keinen Job oder können trotz einer Vollzeitstelle nicht von ihren niedrigen Löhnen leben. Unser Gesundheitssystem wandelt sich zu einer Zweiklassenmedizin, eine gute Bildung hängt wieder mehr vom Geldbeutel der Eltern als vom Leistungspotential jedes Einzelnen ab. Diese Liste ist länger, als ich hier Platz verbrauchen möchte.

Mindestlohn, betriebliche Mitbestimmung, Kündigungsschutz, Umverteilung, Ausweitungen der Sozialleistungen galten als Bremsen des wirtschaftlichen Fortschritts. Wachstum und Wohlstand sollten mit Deregulierung und Privatisierung erreicht werden. Dieser Zeitgeist eroberte die Öffentlichkeit, überzeugte die Mehrheit der Politik und wurde von den meisten Journalisten eifrig gepriesen. Auch einflussreiche Teile der europäischen Sozialdemokratie konnten und wollten sich diesem Sog nicht entziehen. Doch nicht die teure Sozialpolitik, nicht die Arbeitnehmerrechte, sondern die neoliberale Politik, der unkontrollierte Markt zieht uns jetzt in die größte Wirtschaftskrise der letzten Jahrzehnte. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Opel, von Karstadt sowie vieler anderer Unternehmen bangen wegen schlechten Managements und dem Fehlverhalten der Finanzwirtschaft um ihren Arbeitsplatz – und eben nicht wegen überzogener Löhne oder beibehaltenem Kündigungsschutz. Jetzt müssen Staat, Unternehmer und Arbeitnehmer wegen dieser kalten Ideologie die Zeche zahlen. Doch abgestraft werden die neoliberalen Antreiber bisher nicht.

Die eigentlichen Auswirkungen kommen noch

Noch können auch wegen der Ausweitung der Kurzarbeit und den zaghaften Impulsen der Konjunkturpakete die Entlassungen in Grenzen gehalten werden. Doch der nächste Winter wird hart. Auch die teuren Staatshilfen und Rettungspakete, die den Supergau verhindert haben, werden uns noch teuer zu stehen kommen. Schuldenbremsen und Beschwichtigungsreden werden uns nicht helfen, die Zukunft zu bewältigen. Vor allem die zusätzlichen Rufe der FDP und der Union nach Steuersenkungen setzen der ganzen Diskussion die Krone auf. Wachsende Schuldenlast + weniger Einnahmen + dem Verbot weitere Schulden aufzunehmen - selbst Menschen ohne große mathematische Kenntnisse werden darauf kommen, dass dann die Ausgaben massiv zurückgefahren werden müssten. Nun darf jeder dreimal raten, wo da der Rasenmäher vor allem der bürgerlichen Parteien ansetzen wird. Es steht uns ein sozialer Kahlschlag bevor, der selbst die alte Thatcher vor Neid erblassen ließe. Dann heißt es wieder "den Gürtel enger zu schnallen" - also Lohnkürzungen, Umwandlung regulärer Stellen in Minijobs, Abbau von Ausbildungsplätzen, Abschaffung des Kündigungsschutzes hinzunehmen. Denn sie wollen einen anderen Staat und fordern mehr von dem Gift, welches die Weltwirtschaft schon an den Abgrund geführt hat. An mehr Geld für Bildung, Forschung, neue Technologien, Klimaschutz, Kinderbetreuung, Gebäudesanierung oder für klamme Kommunen ist nicht mehr zu denken.



bülow redet tacheles!

Juli 2008

Unsoziale Marktwirtschaft

Wirtschaftskrise erfordert Mut zur Wahrheit
und radikale Konsequenzen

Fakten auf den Tisch

Die Begrenzung von Managergehältern, eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte und die Einsicht, dass es keine Steuersenkungen mehr geben kann, reichen nicht mehr aus. Auch wenn es hart klingt, auch wenn vielleicht zunächst der Ehrliche der Dumme ist und wir gerade im Wahlkampf stehen, müssen wir als ersten Schritt die Fakten auf den Tisch legen. Nur wer die Fakten konsequent benennt, wird mittelfristig verlorenes Vertrauen zurückgewinnen.

Konsequenzen ziehen

Dann müssen die Konsequenzen gezogen werden. Dies gilt natürlich für den Finanzmarkt und die Bankenaufsicht. Aber es geht auch darum, unser Wirtschaftssystem umzubauen. Wer eine wirkliche soziale Marktwirtschaft will, muss sie auch gestalten. Dazu gehört - so altmodisch es klingt - die Umverteilung und dazu gehört, mehr die kleinen und mittelständischen Betriebe zu unterstützen, als stetig der mächtigen Lobby der großen Aktienunternehmen auf den Leim zu gehen. Dazu gehört eine schrittweise Stärkung der Binnenkonjunktur, die besonders in Krisenzeiten den Einbruch der Wirtschaftsleistung abmildern kann. Dazu gehört auch eine nachhaltigere Ausrichtung der Politik. Keinem ist damit gedient, dass Staatsgeld eingesetzt wird, um kurzfristig zu helfen, aber langfristig ohne Wirkung bleibt. Wir dürfen keine Investitionen in reine Prestigeprojekte setzen, die mehr schaden als nutzen (Aktuellstes Beispiel: Der Bundestag hat im Juni 2009 dem Bau einer Brücke nach Dänemark zugestimmt, die im Saldo Arbeitsplätze kostet, die kaum befahren wird, aber fast eine Milliarde Euro kostet). Stattdessen brauchen wir stetige Investitionen in die Zukunft, wie z. B. in Bildung und Forschung.

Kurzfristige Maßnahmen

Neben einer notwendigen generellen Umsteuerung brauchen wir natürlich auch kurzfristige, nachhaltige Maßnahmen, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Wir brauchen weitere Konjunkturrhilfen, die aber gezielter und nicht einseitig eingesetzt werden müssen. Deshalb können wir uns nicht nur keine Steuererleichterungen leisten, sondern müssen ehrlich benennen, wo wir das Geld herholen. Dazu bieten sich, nicht nur wegen der Signalwirkung, die Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuer sowie die Einführung der Börsenumsatzsteuer an. Auch wenn es populistisch klingt, wir müssen uns in Krisenzeiten die Frage stellen, ob wir den Etat für unsere stetig zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr und einige kontraproduktive Subventionen nicht kürzen müssen. Zur Entschuldung gibt es intelligentere Lösungen als eine Schuldenbremse ins Grundgesetz zu schreiben (siehe dazu Tacheles Schuldenbremse auf www.marco-buelow.de). Wir sollten schon jetzt deutlich machen, dass beim nächsten Aufschwung ein kleiner Teil des Wachstums für die Tilgung der wachsenden Schuldenlast benutzt wird. Dazu müssten wir eine Art "Nachhaltigkeitssteuer" einführen, die nur greift, wenn die Wirtschaft wächst.

Wer selbst in solch einer Krise nicht den Mut hat, Wahrheiten zu benennen und deutlich umzusteuern, der wird den Weg in eine asoziale Marktwirtschaft mit zu verantworten haben.